

Fräulein Smillas Gespür für Schnee¹

ARTHUR H. LAMBAUER
(Dornbirn, 2025)

In dieser Arbeit soll das Ansinnen der USA, sich Grönland politisch einzuverleiben, einer kritischen völkerrechtlichen Betrachtung unterzogen werden, die zunächst einen tieferen historischen Rückblick erfordert.

1. Im August 1939 erhielt [HENRIK DE KAUFFMANN](#)² als *envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire* die Akkreditierung als Diplomatischer Vertreter des Königs von Dänemark und Island bei den Vereinigten Staaten von Amerika.³

Während zwischen den beiden zuvor genannten Funktionen und jener des *ambassador* historisch keine **rechtliche** Unterscheidung auszumachen ist,⁴ benötigen auch sie für den Abschluss von Verträgen der *full powers*.⁵

2. Notorisch ist, dass am 9. April 1940 die deutsche Wehrmacht Dänemark invadierte. In der Folge setzte diese die dänische Regierung nicht ab, sondern beließ sie als Regierung unter einer Besatzungsmacht im Amte.⁶ KAUFFMANN gab am 10. April 1940 die Erklärung ab, *that [he] would work for one thing, the reestablishment of a free and independent Denmark*.⁷ De facto erklärte er sich von der dänischen Regierung für *unabhängig*.⁸ Die USA akzeptierten dies wohlwollend. Indes werden diplomatische Vertreter nicht zu eigenem Recht, sondern zum Recht des Entsendestaates akkreditiert.
3. Gleichwohl kam es ein Jahr lang nicht zu einem Rückruf KAUFFMANNs durch die dänische Regierung. Dies ist völkerrechtlich nachvollziehbar, weil der Fall des Abdankens

oder Ablebens eines Monarchen als Souveräns wohl analog jenem zu behandeln sein wird, in dem das Land von einer fremden Militärmacht vollständig okkupiert wird; jener Fall aber wird in einer US-amerikanischen Korrespondenz aus 1920⁹ wie folgt gelöst:

It is true in the case of monarchies where the sovereignty of the State appears in the person of the Sovereign, [that] his death or abdication terminates the missions sent or received by him and requires the issuance of new credentials to envoys remaining at their posts.

4. Ein Jahr später schließlich, am 9. April 1941, erfolgte in Washington die Unterzeichnung eines *Defence Agreement*¹⁰ zwischen den USA und Dänemark, seitens des letzteren unterfertigt durch KAUFFMANN als *Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Majesty the King of Denmark at Washington*.

Nach den obigen Ausführungen kann geschlossen werden, dass er dies ohne *full powers* tat.

5. Die dänische Regierung reagierte auf den Abschluss des vorgenannten Vertrages mit Depeschen, deren Inhalt sich aus Folgendem¹¹ ergibt:

The Danish Minister, Mr. Henrik de Kauffmann, on April 14 informed the Secretary of State that he had received a telegram from the Foreign Office in Copenhagen recalling him as Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the Kingdom of Denmark accredited to the Government of the United States, and that his action and authority in signing as the official representative of his Government the agreement relating to Greenland² had been disclaimed by the purported official authorities in Copenhagen.

¹ Nach dem gleichnamigen *Thriller* von BILLE AUGUST/BERND EICHINGER.

² Wie sich noch herausstellen wird, ist von gewissem Interesse, dass der erste Richter, dem ich (beim BG Innsbruck) zur Absolvierung meines Rechtspraktikanten-Jahres zugeteilt war, Kauffmann hieß. Er war stockschwul. Nach dem oben verlinkten WIKIPEDIA-Eintrag kam HENRIK DE KAUFFMANN durch Mord seiner Ehefrau um, die sich daraufhin selbst das Leben nahm und in einem Abschiedsbrief wissen ließ, dass sie ihn von seinem Leiden – er hatte Darmkrebs im Endstadium – erlösen wollte. Eine Biographin wird dort damit zitiert, dass die Ehe „äußerst unglücklich“ gewesen sei. War Henrik Kauffmann homosexuell? Wenn ja, war er massiv erpressbar!

Einigermaßen interessant ist auch die Genealogie KAUFFMANNs mütterlicherseits, die ihn in die Nähe der österreichischen Aristokratie bringt, was sofort an die preußisch-österreichische Annexion Holsteins in den 1860ern gemahnt. Womöglich sind hier die betreffenden Verträge (die Präliminarien von Wien von 1864 [*Archives diplomatique*, 1864/IV, 382], der Frieden von Wien von 1864 [ebd., 330], die Konvention von Gastein von 1865 [ebd., 1865/IV, 6], die österreichisch-preußischen Präliminarien von Nikolsburg von 1866 [ebd., 1866/III, 403] sowie der Frieden von Prag, wenn man so will, dem Geburtsort der USA, von 1866 [ebd., 1866/IV, 197]) noch zu sichten, wenngleich sie womöglich quasi rein theoretisch vordergründig eher nicht versprechen, hier dienlichen Aufschluss zu bieten. Siehe dazu allerdings auch: [WIKIPEDIA](#).

³ US-STATE DEPARTMENT, *Bulletin*, 1939 I/9, 163f.

⁴ So, DENZA, *Commentary on the VCLT*, 93, die ILC kommentierend.

⁵ LORD MCNAIR, *Law of Treaties*, 122.

⁶ Vgl. BRIGGS, *The Validity of the Greenland Agreement*, in 35 *AJIL*, III, 506 [508].

⁷ *Bulletin* (FN 3), 1941 IV/95, 471.

⁸ So [WIKIPEDIA](#) mwN.

⁹ HACKWORTH, *Digest*, IV, 439.

¹⁰ 55 *Stat.*, 1245.

¹¹ *Bulletin* (FN 7), 469.

Ferner ist in dieser Presseaussendung des State Department die Rede wie folgt:

On April 9, 1940, Denmark was invaded by the German Army. Since that date an army of occupation, understood to total 200,000 German troops, has remained in subjugation of that country, and no act of the Danish Government since that time has been taken or can be taken save with the consent of the occupying power or as a result of its dictation.

In view of the foregoing, the Government of the United States has consistently held since April 9, 1940, and now holds, that the Government of Denmark can only be regarded as a government which is patently acting under duress and which is in no sense a free agent.

6. Wie oben bereits angeklungen ist, hatte Kauffmann nicht die Befugnis, sich selbst politisch über die Zustände in seinem Entsendestaat zu empören. Desgleichen stand den USA nicht zu, ihn entgegen diesen Umständen, die jedenfalls eine Reaktion der dänischen Regierung abwarten lassen hätte müssen, weiterhin als diplomatischen Vertreter Dänemarks zum Abschluss eines derart heiklen Vertrages zu akzeptieren, und dies schon gar nicht ohne *full powers*.
7. Daran können auch die weiteren Ausführungen in der zitierten Presseaussendung nichts ändern:

The agreement recently entered into by the Secretary of State and by the Danish Minister was entered into by this Government, as made clear at that time, because of the desire of the United States in this time of world emergency to insure the security and integrity of Greenland as a part of the Western Hemisphere, and at the same time to assist the local authorities of Greenland in preserving intact the territory of that Danish colony so that once the present world emergency has passed, the Government of Denmark might once more be enabled to exercise fully its sovereign powers over that territory.

The Government of the United States feels confident that the Danish Government and people will unquestionably recognize that the measures undertaken by this Government have been taken in their interest and with full recognition of the sovereignty of Denmark over Greenland, as well as with the hope and belief that the time is not far distant when that sovereignty can once more be freely exercised by a free and independent Danish Government.

The Danish Minister has informed the Secretary of State that he regards the orders of recall issued to him by the authorities in Copenhagen as issued under duress and that he consequently believes it his duty to disregard such orders.

The Secretary of State by direction of the President has informed the Danish Minister that because of the reasons above set forth, this Government will continue to recognize him as the duly authorized Minister of Denmark in Washington.

Das mindeste, was zum Beweis des guten Willens und Glaubens der USA getan hätte werden müssen, ist, den Vertragsabschluss *ad referendum* vorzunehmen, was nicht geschehen ist!

8. Dänemark wurde von den Alliierten am 4. Mai 1945 notorisch *befreit*.

Der genannte Vertrag aus 1941 wurde, soweit ersichtlich, von Dänemark nie ratifiziert. In seiner Präambel heißt es u. a.:

WHEREAS:

ONE. After the invasion and occupation of Denmark on April 9, 1940 by foreign military forces, the United Greenland Councils at their meeting at Godhavn on May 3, 1940 adopted in the name of the people of Greenland a resolution reiterating their oath of allegiance to King Christian X of Denmark and **expressing the hope that, for as long as Greenland remains cut off from the mother country, the Government of the United States of America will continue to hold in mind the exposed position of the Danish flag in Greenland, of the native Greenland and Danish population, and of established public order; and [...]**.

9. Der fett hervorgehobene Passus wurde als Zustimmung bzw. gar Einladung durch das indigene Volk Grönlands missverstanden, auf der Insel militärisch tätig zu werden. Die Bekräftigung des Eides der Ergebenheit lässt sich demgegenüber keinesfalls mit einer solchen Lesart vereinbaren. Unter diesem Aspekt und berücksichtigend, dass zu jener Zeit bereits seit über hundert Jahren ein vertraglich festgeschriebenes Freundschaftsverhältnis zwischen den USA und Dänemark bestand,¹² ist der Passus vielmehr als Ermahnung zu verstehen, von einer allzu martialischen Anwendung der MONROE-Doktrin¹³ hier Abstand zu nehmen.
10. Auch der im genannten Passus unterstrichene Teil führt im Verein mit den dort nachfolgenden Hinweisen auf die native und dänische Bevölkerung sowie die Einrichtung einer öffentlichen Ordnung zu keinem anderen Ergebnis, sondern weist nur darauf hin, dass man sich, als durchaus organisierte Gemeinschaft in exponierter Position befand; was aber bei Gott keinen zwingenden Grund für die Errichtung einer festen Militärbasis auf der Insel darstellen musste, sondern etwa mit regelmäßigen *offshore* Patrouillenfahrten zur Abschreckung ebenso bewerkstelligt werden hätte können.
11. So lautete Artikel 1 des Freundschaftsvertrages¹⁴ aus 1826 zwischen den beiden Parteien, wie folgt:

¹² Vgl. dazu die Ausführungen KAUFFMANNS anlässlich der Übergabe seiner Kredenzen, im August 1939; *Bulletin* (FN 3):

The King, in appointing me to this important post, has asked me to convey to you, Mr. President, the expression of His Majesty's sentiments of esteem and friendship and commanded me to use all efforts to maintain and further develop the friendly and intimate relations which so happily exist between the peoples of Denmark and Iceland and the people of the United States.

¹³ CONGRESS OF THE US, *Annals*, 18th session, 12.

¹⁴ MILLER, *Treaties and other international acts*, III, 239.

ARTICLE 1

The contracting parties, desiring to live in peace and harmony with all the other nations of the earth, by means of a policy frank and equally friendly with all, engage, mutually, not to grant any particular favour to other nations, in respect of commerce and navigation, which shall not immediately become common to the other party, who shall enjoy the same freely, if the concession were freely made, or on allowing the same compensation, if the concession were conditional.

Schon der erste Nebensatz, wonach man mit allen anderen Nationen in Frieden und Harmonie leben wolle (was sich an und für sich unter Rechtstreuen von selbst versteht), spricht eine klare Sprache, die auf einer derart exponierten Insel, wie Grönland eine ist, keinerlei militärische Befestigungen und Präsenzen erlaubt.¹⁵

12. Dass Artikel VI desselben Vertrages aus 1826 u. a. Grönland von seiner Anwendbarkeit ausnimmt, ist zum einen paradox¹⁶, lässt sich mit Freundschaft nicht vereinbaren, welche indes unteilbar sein muss, und belegt zum anderen nur die weit in die Zukunft gedachten Ambitionen der USA, welche knebeln sie Dänemark doch erheblich, indem partieller Mangel an territorialer Sicherheit (vor der *bullying party* US) gegen die Pflicht zur handelsrechtlichen Meistbegünstigung eingetauscht werden musste; was insgesamt die Souveränität Dänemarks auf Dauer empfindlich unterwanderte, weshalb er gegen *ius cogens* verstößt und somit als nichtig anzusehen ist. Artikel VI lautet:

ARTICLE 6.

The present Convention shall not apply to the Northern possessions of His Majesty, the King of Denmark, that is to say, Iceland, the Ferroe Islands, and Greenland; nor to places situated beyond the Cape of Good Hope, the right to regulate the direct intercourse with which possessions and places, is reserved by the parties respectively. And it is further agreed that this Convention is not to extend to the direct trade between Denmark and the West India Colonies of His Danish Majesty, but in the intercourse with those Colonies, it is agreed that whatever can be lawfully imported into or exported from the said Colonies in vessels of one party from or to the ports of the United States, or from or to the ports of any other foreign country, may, in like manner, and with the same duties and charges, applicable to vessel and cargo, be imported into or exported from the said Colonies, in vessels of the other party.

13. Der vorgenannte Freundschaftsvertrag wurde nach seiner Kündigung durch die USA 1856 und einer Wiederinkraftsetzung durch eine Konvention aus 1857¹⁷ mit Abkommen aus 1861¹⁸ ergänzt und war im Zeitpunkt des Abschlusses des Grönland-Vertrages aus 1941 in Kraft.
14. Der zweite Erwägungsgrund der Präambel des oben zitierten Grönland-Vertrages aus 1941 lautet:

THREE. Defense of Greenland against attack by a non-American power is essential to the preservation of the peace and security of the American Continent and is a subject of vital concern to the United States of America and also to the Kingdom of Denmark; and

Two. The Governments of all of the American Republics have agreed that the status of regions in the Western Hemisphere belonging to European powers is a subject of deep concern to the American Nations, and that the course of military events in Europe and the changes resulting from them may create the grave danger that European territorial possessions in America may be converted into strategic centers of aggression against nations of the American Continent; and

Diese hanebüchenen Hypothesen vertuschen in Wahrheit bloß die bezügliche taktisch-strategische Halbherzigkeit der USA samt *Unvereinbarkeit* der damals bereits abgemachten Sicherheitsarchitektur des NAT mit europäischen Territorien in Amerika, welche sich nämlich darauf stützt, dass, ob dieser Halbherzigkeit, welche den Artikel V NAT kaum ernst zu nehmen beabsichtigt hat, gedachte Angriffe Russlands gegen Europa nicht dazu führen sollten, dass dieses plötzlich wieder Herr über amerikanische Scholle wird: Europa musste jederzeit tauglich sein, aufgegeben zu werden.

15. Zurück zum Grönland-Vertrag 1941! Sein Artikel I hat es in sich, er lautet:

ARTICLE I

The Government of the United States of America reiterates its recognition of and respect for the sovereignty of the Kingdom of Denmark over Greenland. Recognizing that as a result of the present European war there is danger that Greenland may be converted into a point of aggression against nations of the American Continent, the Government of the United States of America, having in mind its obligations under the Act of Habana signed on July 30, 1940, [?] accepts the responsibility of assisting Greenland in the maintenance of its present status.

Zu beachten ist, dass sich das am Beginn des zweiten Satzes stehende *Recognizing* nur auf die USA bezieht und nicht auch auf Dänemark! Eine Begründung für die waghalsige Befürchtung, die Gegenstand dieser Erkenntnis ist, wird nicht geliefert, stattdessen auf die Havanna-Akte¹⁹ Bezug genommen, in der, hier scheinbar einschlägig, es heißt, wie folgt:

The Second Meeting of the Ministers of Foreign Affairs of the American Republics

Declares:

Offenkundiger kann die böse Absicht der USA hinter diesem Vertrag somit nicht zutage treten!

¹⁷ BEVANS, *Treaties and other international agreements*, VII, 11.

¹⁸ AaO (FN 17), 14.

¹⁹ Siehe diese Erklärung der Inter-Amerikanischen Konferenz von Havanna, vom 30. Juli 1940 [hier!](#)

¹⁵ Beachte, dass die aufgrund dieses Vertrags errichtete US-Militärbasis mit anzunehmender Sicherheit ein wesentlicher Grund dafür war, aus dem man den Antarktisvertrag, bzw. das darin enthaltene Verbot der militärischen Nutzung (Artikel I/1) nicht auch auf die Arktis ausgedehnt hat. Siehe den genannten Vertrag aus 1959 in [402 UNTS 5778](#).

¹⁶ Siehe dazu auch den dritten Erwägungsgrund im Grönland-Vertrag aus 1941, der da lautet:

That any attempt on the part of a non-American state against the integrity or inviolability of the territory, the sovereignty or the political independence of an American state shall be considered as an act of aggression against the states which sign this declaration.

In case acts of aggression are committed or should there be reason to believe that an act of aggression is being prepared by a non-American nation against the integrity or inviolability of the territory, the sovereignty or the political independence of an American nation, the nations signatory to the present declaration will consult among themselves in order to agree upon the measure it may be advisable to take.

All the signatory nations, or two or more of them, according to circumstances, shall proceed to negotiate the necessary complementary agreements so as to organize cooperation for defense and the assistance that they shall lend each other in the event of aggressions such as those referred to in this declaration.

Dabei bezieht sich diese Erklärung, wie fett hervorgehoben, ausschließlich auf amerikanische Staaten (bzw. Nationen, womit, das geht im Zusammenhang hervor, auch Staaten gemeint sind), ein welcher Grönland (ohne seine Sezession von Dänemark erklärt zu haben) nicht ist.

16. Auch dies stellt daher eine massive Drohung gegen Dänemark und Grönland dar, das letztere selbständig werden zu lassen!
17. Im Übrigen enthält dieser Artikel I des Grönland-Vertrages 1941 somit eine Klausel zu Lasten Dritter, nämlich der Grönländer rück-sichtlich deren Rechts zur Selbstbestimmung.
18. Dass darin nur die Rede davon ist, dass die USA deren Verpflichtung (aus der Havanna-Erklärung), Grönland in der Aufrechterhaltung dessen gegenwärtigen Status zu unterstützen, *annahmen*, ist außerdem einseitig und als solches nicht geeignet, gegen Dänemark oder Grönland Verbindlichkeiten zu begründen. Dies wäre auch unter dem Recht auf Selbstbestimmung gar nicht möglich, stellt es doch *ius cogens* dar.
19. **Im Ergebnis erweist sich dieser Artikel I als bloße Drohung, die dem Vertrag zugrunde liegt, was diesen, zusätzlich zum *full powers*-Mangel, insgesamt nichtig macht.** Müßig daher, hier noch auf dessen Artikel II einzugehen, der da lautet:

ARTICLE II

It is agreed that the Government of the United States of America shall have the right to construct, maintain and operate such landing fields, seaplane facilities and radio and meteorological installations as may be necessary for the accomplishment of the purposes set forth in Article I.

²⁰ Man hat bei alledem zu berücksichtigen, dass die (wie andernorts gezeigt) völkerrechtswidrig angesammelte militärische Übermacht der USA, welche sie als Nation groß werden ließ, aufgrund dieser Völkerrechtswidrigkeit stets als Grund dafür angesehen werden muss, bei der Frage der Wirksamkeit von durch die USA mit anderen geschlossenen (vor allem bilateralen) Verträgen besondere Aufmerksamkeit auf das Moment möglicher Drohung und Erpressung zu legen ist, wobei zu betonen ist, dass ein solcher möglicher Gebrauch von

Was die darin (nichtig) verbrieften Rechte mit der Aufrechterhaltung solchen Status Grönlands, vor allem über den WKII hinaus, zu tun haben sollte, bleibt offen. Im Übrigen finden diese Rechte keine Deckung im Sinn und der Bedeutung der Resolution der Grönländer von May 1940, wie oben dargelegt, was sie aber schon grundsätzlich müssten, um wirksam sein zu können.²⁰

20. Der Artikel III des zitierten Vertrages aber zeigt auf, dass die Zustimmung der Grönländer keinesfalls vorgelegen haben kann, dass ferner auch KAUFFMANN genötigt worden sein muss (denn hehre Interessen Dänemarks sind hier äußerst schlecht vertreten), und dass die Intentionen der USA feindseliger Natur waren:

ARTICLE III

The grants of the rights specified in Article II shall also include the right to improve and deepen harbors and anchorages and the approaches thereto, to install aids to navigation by air and by water, and to construct roads, communication services, fortifications, repair and storage facilities, and housing for personnel, and generally, the right to do any and all things necessary to insure the efficient operation, maintenance and protection of such defense facilities as may be established.

Denn für eine bloß vorübergehende Aufmerksamkeit der USA, wie sie von den Grönland-Räten in ihrer oben erwähnten Resolution beehrten, sind die hier festgelegten Aktivitäten weit überschießend.

21. Obschon es zum Grönlandvertrag 1941 noch einiges zu sagen gäbe, wenden wir uns hiermit dem Grönland-Abkommen aus 1951 zu. Dessen Präambel lautet:

PREAMBLE

The Government of the United States of America and the Government of the Kingdom of Denmark,
being parties to the North Atlantic Treaty signed at Washington on April 4, 1949,
having regard to their responsibilities thereunder for the defense of the North Atlantic Treaty area,
desiring to contribute to such defense and thereby to their own defense in accordance with the principles of self-help and mutual aid, and
having been requested by the North Atlantic Treaty Organization (NATO) to negotiate arrangements under which armed forces of the parties to the North Atlantic Treaty Organization may make use of facilities in Greenland in defense of Greenland and the rest of the North Atlantic Treaty area,
have entered into an Agreement for the benefit of the North Atlantic Treaty Organization in terms as set forth below:

Schon deren dritter Absatz, der zweite Erwägungsgrund, täuscht über den wahren Inhalt des NAT insofern hinweg, als hier missachtet wird, dass die Pflicht zur besagten Verteidigung im Artikel V NAT an Artikel 51 UN-

Gewalt gegen die Vertrag schließende Nation selbstredend auch die unterzeichnende, diese vertretende Person trifft.

Hier kommt speziell hinzu, dass eine sehr konkrete Drohung bzw. gar direkte Anwendung von Waffengewalt im Angriff Deutschlands gegen Dänemark vorlag, was einmal mehr die berechnete Frage aufwirft, ob ersteres nicht nur ein Büttel der Amerikaner war. Es passte jedenfalls perfekt ins Bild!

Charta angepasst ist, sodass Befestigungen unter NATO-Ägide zu Friedenszeiten unzulässig sind.

So wird im vierten Erwägungsgrund der vorhin zitierten Präambel auf Nutzungen von Einrichtungen auf Grönland in Friedenszeiten abgezielt, was, so sie militärischer Natur wären, UN-Charta-widrig wäre.

22. Auch der Artikel I des zitierten Abkommens 1951 ist einschlägig für die Überrumpelungstaktik der USA:

Article I

The Government of the United States of America and the Government of the Kingdom of Denmark, in order to promote stability and well-being in the North Atlantic Treaty area by uniting their efforts for collective defense and for the preservation of peace and security and for the development of their collective capacity to resist armed attack, will each take such measures as are necessary or appropriate to carry out expeditiously their respective and joint responsibilities in Greenland, in accordance with NATO plans.

Laut WIKIPEDIA²¹ wurde auf Grönland von den Amerikanern bereits ab Jänner 1951, mithin vor Unterzeichnung dieses Abkommens, mit dem Bau eines militärisch nutzbaren Flughafens, der *Thule Air Base*,²² begonnen. Es liegt also nahe, dass zu dieser Zeit sich bereits sattem *bullying* US-Militärs auf der Insel befunden haben, und zwar aufgrund des wichtigen Vertrags aus 1941!

Exakt die hier, im zitierten Artikel I, angesprochene Bewahrung des Friedens ist aber unter dem kollektiven Sicherheitssystem der UNO deren Angelegenheit, was freilich nur funktionieren kann, wenn sie dazu in Stand gesetzt würde, wozu die USA als eine der 5 Ständigen Mächte im UNSC offenkundig keinerlei Lust verspürte, obschon sie die Pflicht dazu traf, stellte sie doch auch einen Vertreter im UN MSC des UNSC.

23. Artikel II lautet sodann:

Article II

In order that the Government of the United States of America as a party to the North Atlantic Treaty may assist the Government of the Kingdom of Denmark by establishing and/or operating such defense areas as the two Governments, on the basis of NATO defense plans, may from time to time agree to be necessary for the development of the defense of Greenland and the rest of the North Atlantic Treaty area, and which the Government of the Kingdom of Denmark is unable to establish and operate singlehanded, the two Governments in respect of the defense areas thus selected, agree to the following :

(1) The national flags of both countries shall fly over the defense areas.
(2) Division of responsibility for the operation and maintenance of the defense areas shall be determined from time to time by agreement between the two Governments in each case.

(3) In cases where it is agreed that responsibility for the operation and maintenance of any defense area shall fall to the Government of the United States of America, the following provisions shall apply :

(a) The Danish Commander-in-Chief of Greenland may attach Danish military personnel to the staff of the commanding officer of such defense area, under the command of an officer with whom the United States commanding officer shall consult on all important local matters affecting Danish interests.

(b) Without prejudice to the sovereignty of the Kingdom of Denmark over such defense area and the natural right of the competent Danish authorities to free movement everywhere in Greenland, the Government of the United States of America, without compensation to the Government of the Kingdom of Denmark, shall be entitled within such defense area and the air spaces and waters adjacent thereto :

- (i) to improve and generally to fit the area for military use;
- (ii) to construct, install, maintain, and operate facilities and equipment, including meteorological and communications facilities and equipment, and to store supplies;
- (iii) to station and house personnel and to provide for their health, recreation and welfare;
- (iv) to provide for the protection and internal security of the area;
- (v) to establish and maintain postal facilities and commissary stores;
- (vi) to control landings, take-offs, anchorages, moorings, movements, and operation of ships, aircraft, and waterborne craft and vehicles, with due respect for the responsibilities of the Government of the Kingdom of Denmark in regard to shipping and aviation;
- (vii) to improve and deepen harbors, channels, entrances, and anchorages.

(c) The Government of the Kingdom of Denmark reserves the right to use such defense area in cooperation with the Government of the United States of America for the defense of Greenland and the rest of the North Atlantic Treaty area, and to construct such facilities and undertake such activities therein as will not impede the activities of the Government of the United States of America in such area.

(4) In cases where it is agreed that responsibility for the operation and maintenance of any defense area shall fall to the Government of the Kingdom of Denmark, the following provisions shall apply :

(a) The Government of the United States of America may attach United States military personnel to the staff of the commanding officer of such defense area, under the command of an officer with whom the Danish commanding officer shall consult on all important local matters affecting United States interests pursuant to the North Atlantic Treaty.

(b) The Government of the United States of America, without compensation to the Government of the Kingdom of Denmark, may use such defense area in cooperation with the Government of the Kingdom of Denmark for the defense of Greenland and the rest of the North Atlantic Treaty area, and may construct such facilities and undertake such activities therein as will not impede the activities of the Government of the Kingdom of Denmark in such area.

Wie bereits erwähnt, muss bei der Sichtung dieses Abkommens stets im Auge behalten werden, dass es aufgrund militärischen Drucks zufolge eines wichtigen Vertrags zustande kam!

24. Sein Artikel III beginnt mit: *in order that*, was mit: (konsekutiv) *so dass*, zu übersetzen ist; was der Bestimmung einiges an Druck auf Dänemark, und zwar seitens der gesamten NATO-Mitgliedschaft verleiht. Der Kalte Krieg war da schon im Wüten begriffen!
25. Andererseits gibt das NATO-Papier S.G. 13/12²³ Aufschluss darüber, dass die Initiative innerhalb der NATO, Grönland in den Katalog jener Gebiete im Nordatlantik aufzunehmen, die für die Verteidigung des Bündnisses von strategischer Bedeutung seien, offiziell allein von Kanada ausging, das, dreimal darf geraten werden, von wem, dazu

²¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Pituffik_Space_Base

²² Seit 2023 Pituffik Space Base.

²³ Vom 29. Dezember 1949; *Report by the ad hoc Committee.*

angeleitet worden war.²⁴ Ein weiterer Beweis dafür, dass für die völkerrechtswidrige Ausformung der NATO *in praxi* vor allem die USA verantwortlich sind.

26. Zu beachten ist, dass sein Absatz 1 das Hisen beider Flaggen auf Verteidigungsbasen vorsieht, noch ehe beschlossen ist, wer dort das Sagen hat; wobei Absatz 2 nur von der Betreuung und der Aufrechterhaltung spricht, nicht aber von der Leitung (*direction*). Was die Amerikaner rund um ihre Standarte für eine Heiligung aufziehen, wissen wir aus zahllosen Hollywoodfilmen. Entgegen dem Anschein bekräftigt dieser Artikel daher den Anspruch der USA, auf Grönland militärisch das Sagen zu haben.
27. Und aus Absatz 3(a) folgt von eben dem ausgehend, im Umkehrschluss, dass Dänemark betreffs der Direktion nichts zu melden habe, sie also den USA alleine zufalle; welche Lesart freilich einer gehörigen Portion des *malae fidei* bedarf, aber dass die USA von diesem geleitet sind, wissen wir bereits.
28. Zumal, wie soeben gezeigt, die Direktion über die Verteidigungsbasen ohnehin den USA allein zukommen sollte, vermag Absatz 3(b) keinen diese auf vereinbarte Basen einschränkenden Einschnitt in deren Dominanz vorzunehmen.
29. Auch Absatz 3(c) lässt einen *mala fide* gezogenen Umkehrschluss²⁵ zu, wonach sein Regelungsbestand nicht für solche Basen gilt, die unter der Direktion der USA stehen.
30. Zumal Absatz 4 den USA lediglich gleichsam zusätzlich zur grundsätzlichen Leitungsbezugnis (siehe oben!) zumindest vermeintliche Rechte einräumt, vermag er nicht, jene argumentativ (namentlich kraft Größenschlusses) zu schmälern.

[wird alsbald fortgesetzt!]

²⁴ Siehe dazu auch das Basis-Papier des (in FN 23) genannten Papiers, S.G. 13, vom 7. Dezember 1949; *Strategic guidance for North Atlantic regional planning!*

²⁵ Betont sei an dieser Stelle abermals, dass solche diabolischen Auslegungen *in praxi* sehr wohl von Relevanz sein können, wo nämlich erpressbare und also ungeeignete Leute seitens des erpressten Vertragsteils das Sagen haben, sodass

diese dazu neigen, auf schon geringen Druck hin klein beizugeben; wobei ihnen – so die martialische Argumentation des Gegners – der solcherart ambivalente Wortlaut des Vertrags zur Entschuldigung gegenüber juristisch ahnungslosen Politikern gereichen könne.